

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

27.04.2012/sue

Herrn Präsidenten
Thomas Schröder
Deutscher Tierschutzbund e. V.
Baumschulallee 15
53115 Bonn

per E-Mail: bg@tierschutzbund.de

Ansprechpartner für den Deutschen Städte-
tag:
Hauptreferentin Regine Meißner
Tel.-Durchwahl: - 0221/3771-249
Fax-Durchwahl: - 0221/3771-709
E-Mail: regine.meissner@staedtetag.de
Aktenzeichen: 32.12.01

Ansprechpartner für den Deutschen Land-
kreistag: Beigeordneter Dr. Kay Ruge
Tel.-Durchwahl: - 030/ 590097-300
Fax-Durchwahl: - 030/ 590097-400
E-Mail: kay.ruge@landkreistag.de

Ansprechpartner für den Städte- und Ge-
meindebund
Referatsleiter Ulrich Mohn
Tel-Durchwahl.: 030/ 77307-211
Fax-Durchwahl: 030/ 77307-255
E-Mail: ulrich.mohn@dstgb.de

Praktiker-Arbeitsgemeinschaft zur Lage der Tierheime

Ihre Schreiben vom 22.03.2012 an die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände

Sehr geehrter Herr Schröder,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Ihre o. g. Schreiben zur Kenntnis genommen, in denen Sie Kritik an der Entscheidung der kommunalen Spitzenverbände üben, die gemeinsame Arbeit der Praktiker-Arbeitsgemeinschaft zur Lage der Tierheime für beendet zu erklären, und gleichzeitig ankündigen, die Kommunen und die Präsidenten als deren „Spitzenvertreter im Rahmen einer öffentlichen Kampagne für die existenzbedrohende Lage der Tierheime auch persönlich in die Verantwortung zu nehmen“, falls nicht „zeitnah ein anderes Signal“ von unserer Seite komme. Wir halten dieses Vorgehen für äußerst kontraproduktiv.

1. Die wirtschaftliche Lage der Tierheime wurde mehrfach in unseren Gremien ausführlich beraten. Dabei wurde auch die von Ihnen präferierte möglichst bundeseinheitliche Rahmenempfehlung zu verschiedenen Problempunkten der Tierheime miteinbezogen. In allen Beratungen der zuständigen Arbeitsgremien der kommunalen Spitzenverbände hat sich allerdings gezeigt, dass insbesondere die angestrebte bundeseinheitliche Lösung der Fundtierproblematik nebst anderer von Ihnen aufgeführter Themen als nicht erreichbar angesehen wurde. Vielmehr bestand innerhalb unserer Mitglieder Einvernehmen darüber, vorzugsweise kommunalindividuelle Lösungen aufgrund der unterschiedlichen Situationen vor Ort anzustreben bzw. weiterhin zu pflegen.

Trotz dieser Voten unserer Gremien haben die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zunächst an der Arbeitsgruppe festgehalten in der Hoffnung, dennoch ein für alle tragbares überörtliches Konzept in zahlreichen Punkten zu erreichen. Dies war am Ende nicht möglich und die Auflösung der Arbeitsgruppe daher folgerichtig.

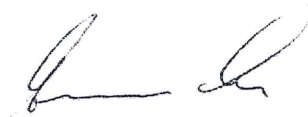
2. Soweit es die Arbeitsweise in der Arbeitsgruppe anbelangt, bleibt festzuhalten, dass nur mit äußerster Mühe zur Fundtierproblematik ein gemeinsames Ergebnis vorgelegt werden konnte, weil die Interessenvertretung der Tierschutzverbände keinen Raum für einen Kompromiss gelassen hat. Gleichwohl haben die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände das kurze Ergebnis der Arbeitsgruppe ihren Mitgliedern vorgelegt und hierzu nur Ablehnung erhalten.
3. Ihren Vorwurf, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände habe „von Beginn kein Interesse an einem lösungsorientierten Dialog“ gehabt, weisen wir entschieden zurück.
4. Ihrer Ankündigung, die Kommunen und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, „im Rahmen einer öffentlichen Kampagne für die existenzbedrohende Lage der Tierheime auch persönlich in die Verantwortung zu nehmen“, sehen wir mit Gelassenheit entgegen. Allerdings macht Ihre Absicht deutlich, dass die Wahrnehmung, dass Sie die Kommunen unter Druck setzen wollen, um Ihre einseitige Interessenvertretung um jeden Preis durchzusetzen, der Realität zu entsprechen scheint. Dies ist bedauerlich.

Sollte Ihnen weiterhin an einem gedeihlichen Gedankenaustausch mit der kommunalen Seite gelegen sein, kann dies nur auf der für uns selbstverständlichen Grundlage des gegenseitigen Respektes und Verständnisses gegenüber der anderen Seite erfolgen. Drohgebärden sind aus unserer Sicht kein guter Ratgeber für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

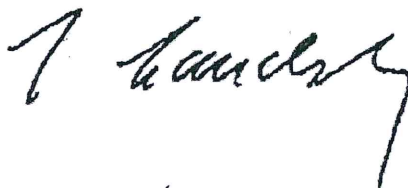
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Articus
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städtetages



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Landkreistages



Dr. Gerd Landsberg
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes